

Der ökonomische Charme der Gleichstellung in der Neuausrichtung der deutschen Familienpolitik

Heike Kahlert

1. Neuausrichtung der Familienpolitik in Deutschland unter Rot-Grün

Zumindest im westlichen Teil Deutschlands war die Familienpolitik seit ihrer 1953 erfolgten Etablierung als Politikfeld mit eigenständigem Ministerium seitens der Hauptakteure eher wenig geschätzt, wobei die gesetzliche Kompetenz gering und das finanzielle Volumen beachtlich war. Familienpolitik wurde in Westdeutschland über fünf Jahrzehnte hinweg als Querschnittspolitik betrieben, die einem sozialstaatlichen „Dreisatz“ folgte, der lautete: „1. Der Staat muss den Familien 2. mehr Geld geben und zwar 3. möglichst allen gleichermaßen.“ (Ristau 2005, S. 17) Im Bundestagswahlkampf 2002 avancierte die Familienpolitik zu einem zentralen Thema fast aller Bundestagsparteien: Die Positionen der großen Volksparteien bei vielen ‚harten‘ wirtschaftspolitischen Themen hatten sich inzwischen weit angenähert, sodass Politikfelder wie die Familienpolitik für die inhaltliche Profilierung der Parteien zunehmend an Bedeutung gewinnen konnten (vgl. Schratzenstaller 2002, S. 1133).

In ihrer zweiten Amtszeit leitete die rot-grüne Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Politikwechsel in der Familienpolitik ein und verknüpfte diesen mit der Agenda 2010, die im Einklang mit der Lissabon-Strategie auf Vorstellungen einer aktivierenden und sozialinvestiven Politik basiert. Diese Politik des dritten Wegs¹ fordert die Bürgerinnen und Bürger zur Entwicklung ihrer Potenziale auf und will sie bei der optimalen Verwertung ihrer Ressourcen in Freiheit und Selbstverantwortung fördern. Mit dem Führungswechsel an der Spitze des *Bundesministeriums für Familie, Senioren,*

1 Der Begriff einer Politik des dritten Wegs taucht in der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit Ideen von ‚neuer Fortschrittlichkeit‘ bzw. ‚neuer Zeiten‘ auf, die in Reaktion auf sozialen Wandel in unterschiedlichen Politikkontexten, vor allem aber in der Sozialdemokratie oder im Sozialismus entstanden sind. Seit den späten 1990er Jahren wird der Begriff verwendet, um eine Politikrichtung vor allem der europäischen Sozialdemokratie zu beschreiben, die von der britischen *New-Labour*-Regierung unter Führung von Tony Blair und der deutschen SPD unter Führung von Gerhard Schröder geprägt wurde. Blair und Schröder ließen sich dabei von Anthony Giddens beraten, der seine Vorstellungen zu einem dritten Weg als Möglichkeit jenseits von Links und Rechts – so ein gleichnamiger Buchtitel (vgl. Giddens 1997) – bzw. jenseits von Sozialismus und Konservatismus versteht.

Frauen und Jugend (BMFSFJ) von Christine Bergmann zu Renate Schmidt wurde ein neuer Kurs in der Familienpolitik eingeschlagen, der in den Grundzügen bis heute auch von Teilen der CDU bestätigt wird. Unter Rot-Grün wurden die Konturen der neuen Familienpolitik entworfen, die unter dem Label „Nachhaltige Familienpolitik“ eingeführt wurde, und es erfolgten Weichenstellungen für das bis heute auf Regierungsebene andauernde familienpolitische Handeln. Wenngleich die Couleur der Regierenden und die Farbenspiele der zugehörigen Koalitionen seither mehrfach gewechselt haben, hält der zentrale Stellenwert der Familienpolitik im Regierungshandeln bis heute an, und an den unter Rot-Grün eingeleiteten familienpolitischen Reformen wurden seither lediglich geringfügige Kurskorrekturen vorgenommen.

In Selbstbeschreibungen charakterisiert das Bundesfamilienministerium die Neuausrichtung der Familienpolitik als aus einer Rezeptur herrührend, die als „reizvoll“ (Schmidt 2005, S. 3; Ristau 2005, S. 22) bezeichnet und als beruhend „auf einer ungewöhnlichen Mischung aus ökonomischer Rationalität und moralischer Verantwortung, aus Gleichstellungszielen und Wertkonservatismus“ (Ristau 2005, S. 22; vgl. Schmidt 2005, S. 3) beschrieben wird. Zielsetzung des vorliegenden Beitrags ist eine kritische Analyse dieser politischen Rezeptur auf der Basis von familienpolitischen Dokumenten und Verlautbarungen. Dabei liegt der Fokus in der Tat auf Deutschland, denn die Familienpolitik gehört bis heute, trotz um sich greifender Transnationalisierung und Europäisierung der Politik, zu den Politikbereichen in ausschließlich nationaler Zuständigkeit. Im ersten Schritt erörtere ich das Nachhaltigkeitsverständnis der neuen deutschen Familienpolitik unter Rückgriff auf ihre fünf Indikatoren. Dann beleuchte ich die Legitimation dieses Politikkonzepts durch die eng miteinander verknüpften Strategien der Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses und die Instrumentalisierung anerkannter sozialwissenschaftlicher Experten für die Fundierung der nachhaltigen Familienpolitik. Im dritten Schritt diskutiere ich die Geschlechterleitbilder dieser Politik und argumentiere, dass sie gleichzeitig Geschlechterkonstruktionen und -verhältnisse stabilisieren und wandeln. Im abschließenden Fazit soll deutlich werden, dass gleichstellungspolitische Ziele in der nachhaltigen Familienpolitik nur dann Berücksichtigung finden, wenn sie im Einklang mit ökonomischen Interessen sind.

2. Das Nachhaltigkeitsverständnis der neuen deutschen Familienpolitik

Der eigentlich aus der Sozialökologie stammende Begriff der Nachhaltigkeit meint in der Auffassung des Bundesfamilienministeriums zunächst einmal „einfach ‚Wirksamkeit‘“, (Ristau 2005, S. 18). Diese macht das Ministerium

an fünf Indikatoren fest: „Geburtenrate, Vereinbarkeit, Armutsrisiko, Bildungsniveau und Erziehungskompetenz“ (ebd.). Die Indikatoren verdeutlichen die konzeptuellen Grundlagen der neuen Familienpolitik und sollen im Folgenden kurz umrissen werden.

Als ersten Indikator nennt das Familienministerium die *Geburtenrate*. Als mittelfristige „Zielmarke“ (BMFSFJ 2005, S. 2) setzt die nachhaltige Familienpolitik eine Geburtenrate von 1,7 Kindern pro Frau. Diese Zielmarke relativiert die in der Demographie üblicherweise als notwendig für die gesellschaftliche Bestandssicherung erachtete Fertilitätsrate von 2,1 Kindern pro Frau, liegt aber über der in Deutschland zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Publikation im Jahr 2005 zu verzeichnenden Geburtenrate (1,37). Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass die Politik im Hinblick auf die Quantität der Bevölkerung im Zuge der nachhaltigen Familienpolitik nunmehr anstrebt, den gesellschaftlichen Schrumpfungsprozess verlangsamen, aber nicht gänzlich aufhalten oder gar umkehren zu können. Der zweite Blick verdeutlicht aber, dass die Zielmarke von 1,7 Kindern pro Frau aus einem Gutachten des Kölner Wirtschafts- und Sozialstatistikers Eckart Bomsdorf im Auftrag des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* stammt und darin als ausreichend für die Stabilisierung des Bevölkerungsumfangs angesehen wird.² Nach Bomsdorf könne eine konstante Bevölkerung unter Berücksichtigung der Zuwanderung dauerhaft auf dem heutigen Niveau schon mit einer Fertilitätsrate von 1,7 erreicht werden. Laut Bundesfamilienministerium ist diese Zielmarke realistisch:

„Im Kontext unserer nachhaltigen Familienpolitik stellt die Erhöhung der Geburtenrate auf 1,7 bis 2015 ein realistisches Ziel dar. Dies zeigt auch der Blick auf die unterschiedlichen Fertilitätsraten in den Ländern der Europäischen Union“ (BMFSFJ 2005, S. 3).

Der zweite Indikator der nachhaltigen Familienpolitik ist die *Vereinbarkeit*. Die nachhaltige Familienpolitik sieht die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Voraussetzung für die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und für einen Anstieg der Geburtenrate an. Hierfür setzt das Familienministerium auf die Förderung des Zwei-Verdiener-Modells und den damit nötig werdenden Ausbau der Kinderbetreuung, auch für unter Dreijährige. Flankiert werden soll dieser Perspektivenwechsel in der Familienpolitik durch eine gesellschaftlich breit angelegte und von verschiedenen Akteuren getragene *Allianz für die Familie*.³ Diese sieht Familienpolitik als zivilgesellschaftliches Handeln auch auf Bundesländer- und lokaler Ebene an, an dem sich neben den verschiedenen Ebenen der Politik auch Wirtschaft, Gewerk-

2 Da das Gutachten nicht publiziert ist und das Bundesfamilienministerium nur eine Kurzfassung der Ergebnisse veröffentlicht hat, aus denen ich hier auch zitiere, kann leider nicht nachvollzogen werden, worauf Bomsdorf diese Annahmen stützt.

3 Dieses Modell wurde unter der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf Initiative von Familienministerin Ursula von der Leyen auf die europäische Ebene übertragen (vgl. Leyen/Spidla 2009).

schaften, Unternehmen, Kirchen sowie Wohlfahrts- und Familienverbände beteiligen sollen. Hierzu wurden auf kommunaler Ebene lokale „Bündnisse für Familie“ initiiert und den verschiedenen Akteuren als vorteilhaft präsentiert:

„Eine deutliche Verbesserung der Balance von Familie und Arbeitswelt bringt wichtige Vorteile: für unsere Volkswirtschaft, betriebswirtschaftliche für die Unternehmen, für die Bevölkerungsentwicklung und für die Stabilität der sozialen Sicherung“ (Ristau 2003, S. 40).

Interessant an diesem Argument ist nicht nur die explizit zum Ausdruck gebrachte ökonomische Begründung der angestrebten Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sondern auch die fehlende Perspektive auf die Subjekte, namentlich Mütter, Väter und Kind(er), um deren familialen Alltag es bei einer verbesserten Balance von Familie und Beruf schließlich auch geht.

Als dritten Indikator für die nachhaltige Familienpolitik stellt das Bundesfamilienministerium die Vermeidung des *Armutsrisikos* vor. Die Vermeidung von Armutsrisiken für Familien soll weniger über großzügige staatliche Transferleistungen erfolgen, denn diese zementierten in den meisten Fällen Armutskarrieren über Generationen hinweg, so Malte Ristau⁴ (2005, S. 19). Erfolgversprechender seien frühe Förderungen für Kinder, Lebensberatung für Eltern, die sich den Aufgaben des Lebens als nicht gewachsen erwiesen, Betreuungsplätze für Alleinerziehende und die Ermöglichung der Erwerbstätigkeit für (beide) Eltern. Anreize wie die Reform von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld sollen die erziehungsbedingte Phase des Erwerbsausstiegs verkürzen. Auch die gegenüber dem Erziehungsgeld verkürzte Bezugsdauer des Elterngelds stellt einen Anreiz für den raschen Wiedereinstieg ins Erwerbsleben dar. Außerdem stellt das Elterngeld einen Anreiz dar, vor der Geburt eines Kindes Vollzeit erwerbstätig zu sein, und es fördert durch die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung während des Elterngeldbezugs die Bindung von Eltern an den Arbeitsmarkt.

Als vierter Indikator der nachhaltigen Familienpolitik gilt das *Bildungsniveau*. Dieser und auch der fünfte Indikator verdeutlichen, wie eng Familien- und Bildungspolitik in der nachhaltigen Familienpolitik miteinander verknüpft sind. Als familienpolitisch wirksam wird hier die Anhebung des Bildungsniveaus vorgestellt, insbesondere in Gestalt einer Verbesserung der frühkindlichen Förderung etwa in Kinderbetreuungseinrichtungen mit hohen pädagogischen Standards. Eine qualitativ hochwertige institutionelle Kinderbetreuung kann nämlich nicht nur das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie lösen, sondern auch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die

4 Ristau leitete im *Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ) bis vor kurzem die Abteilung *Familienpolitik/Wohlfahrtspflege/Bürgerschaftliches Engagement* und hatte in dieser Funktion auch die Umsetzung der nachhaltigen Familienpolitik zu verantworten.

Lebenschancen von Kindern zu verbessern und damit soziale Ungleichheit abzubauen. Insofern kann und soll die Anhebung des Bildungsniveaus auch zur Vermeidung späterer Armutrisiken beitragen.

Der fünfte Indikator für die nachhaltige Familienpolitik besteht schließlich in der *Erziehungskompetenz*. Um die optimale Entwicklung der Kinder bereits vor Eintritt in das Schulsystem sicher zu stellen, sollen Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden, denn die Schule habe es mit Kindern und jungen Jugendlichen zu tun, die bereits bei der Einschulung ihre je eigenen Bildungs- und Lebenserfahrungen in der Familie (sowie im Kindergarten und in der Gruppe der Gleichaltrigen) gemacht hätten und deshalb in ihre schulische Bildungslaufbahn mit recht unterschiedlichen Basiskompetenzen einträten. Damit wird die Familie als für die nachhaltige Familienpolitik wichtige Erziehungs- und Bildungsinstanz (an)erkannt und gefördert (vgl. Wissenschaftlicher Beirat 2002).

Zusammengenommen lautet die Botschaft der nachhaltigen Familienpolitik, dass die Zukunft der Gesellschaft im Wesentlichen von der Erhöhung der Geburtenrate und der Ausschöpfung der (knapper werdenden) ‚Humanvermögen‘ für die ökonomische Entwicklung der Gesellschaft abhängt. Im Interesse der gesellschaftlichen und politischen Zukunftssicherung des deutschen Wohlfahrtsstaats werden hier die Steigerung der Quantität der Bevölkerung – in Form der Erhöhung der Fertilität – und die Steigerung der ‚Qualität‘ der Bevölkerung – in Form der verbesserten Förderung und Nutzung der ‚Humanressourcen‘ von der frühen Kindheit an – strategisch miteinander verknüpft. Die gewählte Terminologie suggeriert, dass Staat, Gesellschaft und Ökonomie durch den Geburtenrückgang in Gefahr sind, diese Gefahr erkannt haben und bereit sind, ihr durch entschlossenes politisches Handeln entgegenzutreten und in die Familienpolitik zu investieren. Sigrid Leitner (2008, S. 74) bringt den Tenor auf den Punkt: „Eine ‚nachhaltige Familienpolitik‘ rechnet sich, so die zentrale Botschaft aus dem Familienministerium.“

3. Die Legitimation der nachhaltigen Familienpolitik

Legitimiert wird die eng an den Tenor der Agenda 2010 geknüpfte Neuausrichtung der deutschen Familienpolitik durch zwei eng miteinander verknüpfte Strategien: die „strategische Ökonomisierung des familienpolitischen Diskurses“ (Leitner 2008, S. 72) durch die Instrumentalisierung betriebs- und volkswirtschaftlicher Argumente und die wissenschaftliche Fundierung des Politikkonzepts durch die Instrumentalisierung anerkannter sozialwissenschaftlicher Experten.

Ristau (2005, S. 19) erklärt offen, dass der in der zweiten Amtszeit von Rot-Grün erfolgte Aufstieg der Familienpolitik zu einem Schwerpunkt regie-

rungspolitischen Handelns einer stärkeren Ausrichtung an ökonomischen Erfordernissen zu verdanken sei. Die Wirkmächtigkeit der nachhaltigen Familienpolitik beruhe in weiten Teilen auf ihrem „ökonomischen Charme“ (ebd., S. 16). Bundesfamilienministerin Renate Schmidt habe in der Wirtschaft und in vielen Medien vor allem immer dann aufmerksame Zuhörer gefunden, wenn sie über betriebswirtschaftliche Vorteile für Unternehmen oder volkswirtschaftliche Perspektiven ohne genügend Kinder gesprochen habe. Genau deshalb hätte das Bundesfamilienministerium seit 2002 auch eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit mit ökonomischen Sachverständigen gesucht. Familienfreundlichkeit gerät in der Terminologie Ristaus (2005, S. 22) selbst zum „Unternehmen“.

Die zuvor skizzierten fünf Indikatoren der nachhaltigen Familienpolitik lassen sich entsprechend mit ökonomischen Argumenten begründen:

„Höhere Geburtenraten sichern zukünftige Arbeitskräfte, diese sind umso besser einsetzbar, wenn sie von kompetenten Eltern erzogen werden und eine durch die Frühförderung erworbene hohe Lernkompetenz aufweisen. Außerdem sichert eine gute Vereinbarkeitspolitik den Zugriff auf qualifizierte Arbeitskräfte und entlastet den Sozialstaat von Transferzahlungen [...]. In der Summe zeigt sich, dass ökonomische Argumente systematisch eingesetzt wurden, um der Familienpolitik einen neuen Anstrich zu geben und ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit zu stärken“ (Leitner 2008, S. 73, 79).

Dabei handelt es sich Leitner zufolge keineswegs ‚nur‘ um Rhetorik, sondern die ökonomischen Argumente ‚stimmen‘: Die neue Familienpolitik erweise sich tatsächlich als funktional für die Ökonomie, und das Familienministerium habe es geschafft, die ökonomische Notwendigkeit der neuen Familienpolitik für die Öffentlichkeit deutlich zu machen. Dieser Erfolg hat aber auch einen Preis, denn nach Leitner wird die Familienpolitik so eindimensional, und es würde nur noch ein kleiner Teil des inhaltlichen Gesamtspektrums einer umfassenden Familienpolitik abgedeckt: „Es kommt nur noch auf die politische Agenda, was einer ökonomischen Argumentation zugänglich ist“ (ebd., S. 80).

Oliver Nachtwey (2006, S. 274) macht zwei Motive aus, die hinter dem „Produktivismus mit familiärem Gesicht“ der SPD stünden: Das erste sei das „Interesse des Staates an sich selbst“ (Claus Offe)“ (ebd., S. 275) auf Basis auch einer zukünftigen Funktionsfähigkeit der Grundlagen der Wirtschaftsweise; das zweite Motiv sei die Idee, dass die Politik bis in alle Kapillaren mit der Logik des (Neo-)Liberalismus zu durchdringen sei: „Der Markt soll mit den Mitteln des Sozialen gefördert und das Soziale nach Marktprinzipien organisiert werden“ (ebd.). Dementsprechend hätte die unter Rot-Grün entworfene Familienpolitik kaum noch etwas mit *Politik gegen die Märkte* zu tun, mit der Ruhezone, der entschleunigten, wertebasierten Gemeinschaftlichkeit und Geselligkeit, sondern sie sei *Politik für die Märkte und mit den Märkten*.

Zur öffentlichen Legitimierung des neuen familienpolitischen Konzepts ließ sich die rot-grüne Bundesregierung durch sozialwissenschaftliche Poli-

tikberatung anregen und unterstützen, vor allem in Gestalt des Volkswirtschaftlers und ‚Wirtschaftsweisen‘ Bert Rürup sowie des (Familien-)Soziologen Hans Bertram. Beide hatten den Vorsitz zentraler Kommissionen der Bundesregierung inne und verfassten für diese wegweisende Expertisen zur Familienpolitik. Ergänzt wurden die in diesen Expertisen entwickelten Vorstellungen zur Neuausrichtung der Familienpolitik durch die Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts ebenfalls unter Vorsitz von Hans Bertram, die 2003 von Familienministerin Schmidt einberufen wurde und ihre Ergebnisse 2005 vorlegte.

Rürup und Gruescu ist die ökonomische Begründung der nachhaltigen Familienpolitik zu verdanken. In die Zukunft gerichtete Familienpolitik ist ihrer Ansicht nach durch das Erreichen zweier Ziele charakterisiert: erstens „eine ausreichende Kinderzahl, die der Alterung der Gesellschaft entgegenwirkt“ und „durch eine Erhöhung der Geburtenrate zu einer *langfristig* stabilen Bevölkerung führen kann“ (Rürup/Gruescu 2003, S. 7, 56, Herv. i.O.), und zweitens „eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigenquote, um das Erwerbspersonen- und Fachkräftepotenzial [...] auch *kurzfristig*“ (ebd.) zu erhöhen bzw. zu stabilisieren. Diese Ziele korrespondieren mit den auf europäischer Ebene beispielsweise in der Lissabon-Strategie und in den Barcelona-Zielen verankerten politischen Maßnahmen insofern, als sie die Akzentuierung auf die Geburtenförderung und die Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung aufgreifen. Den sowohl kurz- wie langfristigen Zielsetzungen der nachhaltigen Familienpolitik entsprechend plädieren Rürup und Gruescu (2003, S. 76) für einen „*Policy-Mix*“, der eine Kombination aus einem einkommensabhängigen Elterngeld in Anlehnung an das schwedische Modell sowie einem flächendeckenden, flexiblen und qualitativ hochwertigen Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten – auch für Kinder unter drei Jahren – in Verknüpfung mit einer Flexibilisierung starrer Arbeitszeitmuster vorsieht.

Bertram und Mitautorinnen erweiterten die von Rürup und Gruescu (2003) eingenommene ökonomische Perspektive auf die nachhaltige Familienpolitik um einige demographische und soziologische Argumente und arbeiteten den vorgeschlagenen *Policy-Mix* näher als „Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik“ (Bertram et al. 2005, S. 1) aus. Sie fordern, dass die nachhaltige Familienpolitik unterschiedliche Lebensvorstellungen und individuelle Planungen zur Familiengründung und -erweiterung unterstützen und dabei die unterschiedlichen Präferenzen von Frauen hinsichtlich ihrer Berufs- und Familienorientierung berücksichtigen müsse. Dabei weisen Bertram et al. unter Rückgriff auf Ergebnisse der Jugend- und Geschlechterforschung darauf hin, dass sich die Motive und Einstellungen junger Frauen in Bezug auf Kinder und Beruf deutlich von männlichen Lebensentwürfen unterscheiden. Zudem stellten die jungen Frauen keine in sich homogene Gruppe dar, sondern hätten eine Vielfalt an Lebensplänen und konkurrierenden Interessen, in denen Familie und Beruf höchst

unterschiedliche Bedeutung zukäme. Eine Familienpolitik, die diese unterschiedlichen Zukunftsvorstellungen nicht in und mit ihren Maßnahmen reflektierte und von einer homogenen Motivlage bei allen Frauen ausginge, würde demzufolge „kaum Erfolg haben können“ (ebd., S. 16). Die Sicherung der Nachhaltigkeit muss demzufolge auch mit der Differenzierung der familienpolitischen Instrumente einhergehen, so das Fazit.

4. Die Gleichzeitigkeit von Stabilität und Wandel der Geschlechterleitbilder in der nachhaltigen Familienpolitik

Die Protagonisten und Protagonistinnen der nachhaltigen Familienpolitik werden nicht müde zu betonen, dass diese Politik gleichstellungsorientiert sei (vgl. Ristau 2005, S. 22; Schmidt 2005, S. 3; Bertram 2006; von der Leyen 2007, S. 207). Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass die nachhaltige Familienpolitik trotz der gepflegten Gleichstellungsrhetorik nicht primär auf die Herstellung von Geschlechtergleichheit zielt, sondern auf die Geburtenförderung und damit verbunden auf die Steigerung der Frauen- und vor allem Müttererwerbstätigkeit. Die bereits dargelegte „ökonomische Funktionalität“ (Leitner 2008) der nachhaltigen Familienpolitik wird auch in ihrem Umgang mit der Frauenfrage deutlich. Dabei sind die politischen Zuschreibungen an die Geschlechter hochgradig widersprüchlich: Einerseits wird mit den Kurskorrekturen der nachhaltigen Familienpolitik die Erosion des Ernährersmodells gefördert, das für die Gleichstellung als problematisch angesehen wird, andererseits bleibt das Geschlechterleitbild der neuen deutschen Familienpolitik traditionellen Vorstellungen von geschlechtlicher Arbeitsteilung verhaftet, denn Kinderkriegen und Kinderhaben werden in der nachhaltigen Familienpolitik nach wie vor primär als Aufgabe der Frauen vorgestellt.

Zunächst fällt an der nachhaltigen Familienpolitik auf, dass sie einen bemerkenswerten Wandel im Leitbild der ‚guten Mutter‘ vollzieht: Das bisherige Geschlechterleitbild der westdeutschen Familienpolitik propagierte ein modifiziertes bzw. modernisiertes Ernährersmodell, in dem sich die ‚gute Mutter‘ vor allem durch ihre Zuständigkeit für das Kind bzw. die Kinder auszeichnete und allenfalls Teilzeit erwerbstätig für den Familienunterhalt dazu verdiente; das Geschlechterleitbild der (ehemaligen) DDR hingegen orientierte sich am Zwei-Verdiener-Modell, in dem die ‚gute Mutter‘ Vollzeit erwerbstätig war und in ihren Mutterpflichten durch staatlich organisierte Kinderbetreuung und andere familien- und geschlechterpolitisch relevante Maßnahmen unterstützt wurde. Im Zuge der Ökonomisierung der neuen deutschen Familienpolitik erscheint nunmehr im vereinten Deutschland ein Mut-

terleitbild als funktional, das sich an jenes in der DDR anlehnt (vgl. Ostner 2006) – auch wenn das so in Deutschland nicht laut ausgesprochen wird, sondern eher Bezug auf nordeuropäische Vorbilder und die EU-europäische Geschlechter- und Familienpolitik genommen wird. Das deutsche Mutterleitbild sieht nunmehr eine hoch qualifizierte Frau, in der Regel Akademikerin, vor, die möglichst bereits während ihres Studiums mindestens zwei Kindern das Leben schenkt, um nach dem Studienabschluss als Mutter dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, oder die nach der Geburt möglichst kurz die Erwerbstätigkeit für die Kleinstkindbetreuung unterbricht, unterstützt vom für maximal zwölf Monate gezahlten Elterngeld. Das ist ökonomisch und demographisch nützlich und stützt zugleich das System sozialer Sicherung.

Mit dem Wandel im Männer- und Vaterleitbild hingegen tut sich die nachhaltige Familienpolitik eher schwer: Die aktive Vaterschaft und paritätisch geteilte Elternschaft schlagen sich in den neuen familien- und geschlechterpolitischen Leitbildern erst langsam nieder. So ist beispielsweise in der Bilanz des BMFSFJ zur ersten Hälfte der 16. Legislaturperiode (2005-2007) unter dem Stichwort „Familie“ zu lesen:

„Noch haben es Frauen und Männer schwer, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Dem veränderten Rollenverständnis – Frauen wollen nicht alle Hausfrauen, Männer nicht ausschließlich Ernährer sein – wird noch immer zu wenig Rechnung getragen. Noch. Denn die Familienpolitik der vergangenen zwei Jahre hat begonnen, dies zu ändern“ (BMFSFJ 2007, S. 9).

Dieses Zitat spielt darauf an, dass das einkommensabhängige Elterngeld auch zwei so genannte Partnermonate enthält, die zwar nicht explizit als ‚Vätermonate‘ benannt, aber faktisch so vorgestellt werden. Unter dem Stichwort „Gleichstellung“ wird diese Veränderung etwas später in dem betreffenden Text gar als eine „Säule aktiver Gleichstellungspolitik“⁵ der Bundesregierung benannt:

„Die zweite Säule aktiver Gleichstellungspolitik unterstützt Männer und Frauen darin, sich von starren Klischees zu lösen. Frauen und Männer wünschen sich gleichermaßen Kinder und sie möchten ihre Fähigkeiten im Beruf entfalten. Die Vaterrolle wandelt sich: Männer möchten zunehmend Erzieher und nicht nur Ernährer ihrer Kinder sein – sie wollen im Alltag die großen Freuden und kleinen Katastrophen mit ihren Kindern leben. Auch die Frauen definieren ihre Wünsche und Perspektiven neu, wollen ihren Berufs- und Karrierevorstellungen mit der Kindererziehung oder der Pflege älterer Angehöriger vereinbaren können. Dafür, dass Frauen und Männer gemeinsam Fürsorge, Verantwortung füreinander und Selbstständigkeit leben können, kann die Politik gute Rahmenbedingungen schaffen“ (BMFSFJ 2007, S. 35f.).

Auch auf der Webseite des Bundesfamilienministeriums ist neuerdings die Rede vom Abschied von der Männerrolle des Familienernährers: „Heutzutage orientiert sich die Lebensplanung junger Frauen und Männer an den Mög-

5 Die beiden anderen Säulen sind „die gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben“ und „der Schutz vor Gewalt und die Hilfe in Notlagen“ (BMFSFJ 2007, S. 35f.).

lichkeiten Erwerbstätigkeit und Familienleben miteinander zu vereinbaren“ (BMFSFJ 2008). Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird damit auch als ein Thema von Männern vorgestellt. Das könnte als ein Hinweis gedeutet werden, dass die Familienpolitik die traditionelle geschlechterasymmetrische Arbeitsteilung innerhalb der Familie in symbolischer Hinsicht zögerlich in Frage zu stellen beginnt. Deutlich wird allerdings auch, dass diese Infragestellung sich wesentlich auf die Frage der Kindererziehung bezieht, während die Sorgearbeit für ältere Mitmenschen weiterhin den Frauen zugeordnet wird. Und die Hausarbeit spielt in den familienpolitischen Verlautbarungen keine Rolle, sodass davon auszugehen ist, dass diese weiterhin als Aufgabe von Frauen angesehen wird. Zudem fällt auf, dass Männer immer in Relation zu Frauen betrachtet und adressiert werden und dass die vorsichtig angedeuteten Veränderungen auf männlicher Seite in der Regel mit einer sich verändernden sozialen Praxis begründet werden, auf die die Politik zu reagieren habe. Das mag ein rhetorisch kluger Schachzug sein, um Männer auf dem Weg zu einem demokratischeren Verständnis von Familie mitzunehmen und sie dafür zu gewinnen, will aber nicht so recht zu der Titulierung als „aktive Gleichstellung“ passen.

Festzuhalten ist: Das im konservativen westdeutschen Wohlfahrtsstaatsregime über lange Zeit hinweg in der Familienpolitik erfolgte Festhalten am Ernährermodell lässt stark nach, denn das damit verbundene traditionelle Frauen- und Familienleitbild passt nicht mehr recht zur politisch angestrebten Steigerung der Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit. Hierfür ist ein Bündel an Ursachen verantwortlich: Die Wirtschaft kann und will angesichts des demographischen Wandels nicht mehr auf das weibliche Erwerbspotenzial verzichten und benötigt die Frauen als Arbeitskräfte. Hinzu kommen materielle Realitäten, denn ein Einkommen reicht zumindest in den mittleren und unteren Einkommensgruppen kaum mehr aus für die Sicherung des Familienunterhalts, und ein Wertewandel vor allem auf Seiten der Frauen, zögerlich aber auch auf Seiten der Männer, hinsichtlich der familialen Arbeitsteilung.

Auf der politischen Agenda steht nunmehr hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung der Geschlechter eine Orientierung am Zwei-Verdiener-Modell, das auch das auf europäischer Ebene propagierte Familien- und Geschlechterleitbild der Zukunft ist (vgl. Daly 2004; Lewis 2004). Weitgehend ausgeblendet wird in der nachhaltigen Familienpolitik aber die historisch konstituierte geschlechtliche Arbeitsteilung in privaten und öffentlichen Räumen, die die Hausarbeit als Arbeit von Frauen tradierte und bis heute die Geschlechtersymmetrie stabilisiert. Zudem haben im Leitbild des Zwei-Verdiener-Modells andere Lebensmodelle, zum Beispiel ein Leben ohne Kinder oder das traditionelle Ernährermodell, keinen Platz mehr. Dies ist in Deutschland aber nicht unwidersprochen, wie der in konservativen Politikkreisen anhaltende Streit um das so genannte Betreuungs- oder Familiengeld für familien- und haus-

haltsorientierte Frauen, von Kritikerinnen und Kritikern auch ‚Herdprämie‘⁶ genannt, zeigt, daß ab 2013 für diejenigen Eltern eingeführt werden soll, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können. Dieser Streit kann gleichzeitig als Beleg für den mental noch nicht gänzlich vollzogenen Abschied vom Ernährermodell gedeutet werden.

5. Eine reizvolle Mischung: Gleichstellungsziele im Einklang mit ökonomischen Interessen?

Die seit dem unter Rot-Grün eingeleiteten Politikwechsel in der Familienpolitik amtierenden Bundesregierungen und die sie beratenden Sozialwissenschaftler verabschieden sich in der von ihnen konturierten nachhaltigen Familienpolitik nur zögerlich von der sozialen Norm der traditionellen Zuständigkeit von Frauen für die Familie.⁷ Im Einklang mit ökonomisch begründeten Forderungen der Lissabon-Strategie zur Steigerung der Frauen- und Müttererwerbsbeteiligung und dem demographischen Druck zielt das neue familien- und geschlechterpolitische Leitbild des Zwei-Verdiener-Modells auf eine Neutralisierung von Geschlecht hinsichtlich der Partizipation am Arbeitsmarkt und ist einem liberalen Individualismus verbunden: Frauen und insbesondere Mütter sollen verstärkt erwerbstätig sein und damit auch ökonomisch an Unabhängigkeit gewinnen.

Die politisch verstärkt propagierte und geförderte Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der damit verbundene Politikwechsel vom Ernährermodell zum Zwei-Verdiener-Modell tragen demnach hinsichtlich der individuellen Existenzsicherung sukzessive zur Verwirklichung eines egalitären Geschlechterverhältnisses bei, ungeachtet dessen, dass, mit Oliver Nachtwey

6 Die plakative Wortschöpfung ‚Herdprämie‘ wurde von der Jury um den Sprachwissenschaftler Horst Dieter Schlosser in Frankfurt am Main zum ‚Unwort des Jahres‘ 2007 gekürt. Mit dem ‚Unwort des Jahres‘ werden seit 1991 ‚sprachliche Missgriffe‘ aus dem öffentlichen Leben hervorgehoben, die im jeweils zurückliegenden Jahr besonders negativ aufgefallen sind und möglicherweise sogar die Menschenwürde verletzen (vgl. Spiegel Online 2008).

7 Durchaus konform mit der Annahme einer Resistenz von sozialen Normen bezweifelt Claudia Pinl (2006, S. 271) allerdings, dass sich dieser Wandel im Leitbild auch bereits mental vollzogen hat: „Auch wenn die Parteiprogramme das Gegenteil aussagen: Das Leitbild vom ‚Familienernährer‘ erfreut sich nach wie vor unter der Anhängerschaft aller Parteien großer Beliebtheit, haben doch die meisten männlichen Politiker ihr Privatleben genau nach diesem Muster organisiert.“ Und auch in den Expertisen zur Legitimation der nachhaltigen Familienpolitik – zu denken ist an die Studien von Rürup/Gruescu (2003) und Bertram et al. (2005) – stehen wesentlich die Frauen als (potenzielle) Mütter im Fokus, während Männer als (potenzielle) Väter weit weniger politische Aufmerksamkeit erregen.

(2006, S. 274f.) gesprochen, die Frauenemanzipation in dieser Politik mehr Mittel als Zweck ist: „Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nur oberflächlich an der weiblichen Emanzipation ausgerichtet. Es geht vielmehr um die Vereinbarkeit von Produktion und Reproduktion.“ Demnach erscheint die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ökonomisch funktional, denn sie trägt dazu bei, das auf dem (Arbeits-)Markt verfügbare Erwerbspotenzial zu steigern, gemäß der hinlänglich bekannten Strategie, Frauen als ‚Reservearmee‘ der Wirtschaft zu nutzen. Gleichstellung wird hier also genutzt, um die Lücke, die sich angesichts demographischer Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt öffnet, zu schließen.

Die primär an der ökonomischen Rationalität ausgerichtete neue Familienpolitik nimmt zwar die auf europäischer Ebene formulierte Herausforderung des *Gender Mainstreaming* an und versteht sich als Geschlechter- und Generationenpolitik: „Eine nachhaltige Familienpolitik ist also Kinder-, Frauen- und Männerpolitik“ (Rürup/Gruescu 2003, S. 75). Faktisch ist diese Politik jedoch von der konsequenten Herstellung und Durchsetzung von Geschlechtergleichheit noch weit entfernt, denn sie ist durchsetzt von neoklassischen ökonomischen Ideen hinsichtlich frei und gleich agierenden Individuen auf dem (Arbeits-)Markt und einer geschlechtlich codierten Arbeitsteilung in der Familie, die nicht in Frage gestellt werden. Entsprechend finden ökonomische Umverteilungen zwischen den Geschlechtern, etwa durch konsequente Förderung von Entgeltgleichheit oder die Abschaffung des Ehegattensplittings, in der deutschen Regierungspolitik politisch kaum Unterstützung. Ebenso gewichtig ist, dass im Leitbild des Zwei-Verdiener-Modells ein Wandel der geschlechtlichen Arbeitsteilung in der Hausarbeit, die eine wesentliche Ursache geschlechtlicher Ungleichheit darstellt, in Deutschland nicht zur politischen Disposition steht: Hausarbeit ist weiterhin Frauensache und aus dieser hält sich der deutsche Wohlfahrtsstaat heraus. Wesentliche Eckpfeiler des Ernährermodells bleiben also von den familienpolitischen Umgestaltungen nach wie vor unberührt. Von besonderer Brisanz ist zudem, dass sich die nachhaltige Familienpolitik im Kern vor allem für die hoch qualifizierten Frauen als Arbeitskräfte und (potenzielle) Mütter interessiert: Akademikerinnen ohne Kind(er) werden aufgrund ihrer Kinderlosigkeit stigmatisiert, während Mütter mit niedrigem Bildungsstatus ebenfalls als ein Problem dargestellt werden, da sie als familieninterne ‚Hilfslehrerinnen‘ nicht qualifiziert genug für die Kompetenzförderung ihrer Kinder seien.

Die Rezeptur der nachhaltigen Familienpolitik erweist sich also in der Tat als „reizvoll“ (Schmidt 2005, S. 3; Ristau 2005, S. 22), wenn auch mit anderen Vorzeichen als von ihren Urheberinnen und Urhebern intendiert: Sie basiert auf einem als neoliberal zu bezeichnenden Menschenbild marktfähiger freier Individuen, die unabhängig von Geschlecht und anderen Ungleichheit begründenden Kategorien ihre Arbeitskraft auf dem Markt verkaufen (können) und deren Reproduktion in der Familie wie eh und je durch die

Haus- und Sorgearbeit vor allem von Frauen erfolgt, partiell unterstützt durch ‚aktive Väter‘, die angereizt durch so genannte Partnermonate Anteile vor allem an der frühkindlichen Erziehung übernehmen. Der vom Familienministerium hoch gelobte ‚Wertkonservatismus‘ (Ristau 2005, S. 22; Schmidt 2005, S. 3) der nachhaltigen Familienpolitik besteht also unter dem Etikett des ökonomischen Charmes in einem Marktverständnis, das auf die Geschlechterungleichheit mit freiwilligen Vereinbarungen⁸ und Bündnissen verschiedener Akteure, nicht aber mit verbindlichen politischen oder rechtlichen Regelungen reagiert, und einem Familienverständnis, das Frauen nach wie vor die Hauptlast der Reproduktion zuschreibt. Gleichstellungspolitische Ziele finden in dieser Politik nur insofern Berücksichtigung, als sie im Einklang mit ökonomischen Interessen sind. Ihr ökonomischer Charme kann sich also nur entfalten, wenn sie funktional für den Markt sind. Die diskursive Verknüpfung von Gleichstellungspolitik und Ökonomie deutet auf Verschiebungen im Umgang mit der Frauenfrage im sozialinvestiven Wohlfahrtsstaat hin. Dieser Verknüpfung analytisch weiter nachzugehen, gerade auch mit einem auf den Vergleich verschiedener Wohlfahrtsstaatsregime und mit der europäischen Ebene, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten.

Literatur

- Alemann, Annette von (2007): Von der Geschlechtergerechtigkeit zur Familienfreundlichkeit. Ergebnisse einer Fallstudie zum Gleichstellungsgesetz für die deutsche Wirtschaft, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, H. 3-4, S. 38-54.
- Bertram, Hans (2006): Nachhaltige Familienpolitik im europäischen Vergleich, in: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hg.): Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, Frankfurt a.M., S. 203-236.
- Bertram, Hans/Rösler, Wiebke/Ehlert, Nancy (2005): Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2005): Perspektive für eine nachhaltige Familienpolitik. Ergebnisse des Gutachtens von Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, Berlin.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2007): Vorteil Familie. Weil Gemeinschaft Chancen schafft, Berlin.
- BMFSFJ [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] (2008): Familienpolitik ist Zukunftspolitik, Berlin.

8 Zu denken ist etwa an die ‚Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft‘, die an die Stelle des gescheiterten Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft trat (vgl. Alemann 2007).

- Daly, Mary (2004): Changing Conceptions of Family and Gender Relations in European Welfare States and the Third Way, in: Lewis, Jane/Surender, Rebecca (Hg.): *Welfare State Change. Towards a Third Way?* Oxford, S. 135-154.
- Giddens, Anthony (1997): *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*, Frankfurt a.M.
- Leitner, Sigrid (2008): Ökonomische Funktionalität der Familienpolitik oder familienpolitische Funktionalisierung der Ökonomie?, in: Evers, Adalbert/Heinze, Rolf G. (Hg.): *Sozialpolitik: Ökonomisierung und Entgrenzung*, Wiesbaden, S. 68-82.
- Lewis, Jane (2004): Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie, in: Leitner, Sigrid/Ostner, Ilona/Schatzenstaller, Margit (Hg.): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden, S. 62-84.
- Leyen, Ursula von der/Spidla, Vladimir (Hg.) (2009): *Voneinander lernen – miteinander handeln. Aufgaben und Perspektiven der Europäischen Allianz für Familien*, Baden-Baden.
- Leyen, Ursula von der (2007): *Wir müssen unser Land für die Frauen verändern* (Maria von Welser, Maria von im Gespräch mit Ursula von der Leyen), München.
- Nachtwey, Oliver (2006): *Seid leistungsfähig und mehret Euch!* In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 3, S. 274-277.
- Ostner, Ilona (2006): Paradigmenwechsel in der (west)deutschen Familienpolitik, in: Berger, Peter A./Kahlert, Heike (Hg.): *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*, Frankfurt a.M., S. 165-199.
- Pinl, Claudia (2006): Christdemokratischer Familienkrach, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 3, S. 269-273.
- Ristau, Malte (2003): „Gedöns“ als Chefsache. Wie Familienfreundlichkeit zum rot-grünen Überraschungsthema wurde, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, H. 3, S. 38-40.
- Ristau, Malte (2005): Der ökonomische Charme der Familie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. B 23-24, S. 16-23.
- Rürup, Bert/Gruescu, Sandra (2003): *Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Ein Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Berlin.
- Schmidt, Renate (2005): Vorwort, in: Bertram, Hans/Rösler, Wiebke/Ehlert, Nancy: *Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, Berlin, S. 3.
- Schatzenstaller, Margit (2002): Familienpolitischer Aktionismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 9, S. 1133-1135.
- Spiegel Online (2008): „Herdprämie“ ist das Unwort des Jahres, in: Spiegel Online vom 15. Januar 2008, unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/O,1518,528630,00.html> (24.05.2010).
- Wissenschaftlicher Beirat [Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen] (2002): *Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA-Studie*, Stuttgart.